

Amtliche Bekanntmachungen

Aus dem Rathaus

Bekanntmachung der endgültigen Beschlüsse aus der Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Großkrotzenburg am 30. Januar 2007

Der Gemeindevertretung der Gemeinde Großkrotzenburg lagen in ihrer Sitzung am 30. Januar 2007 nachfolgende Themen zur Beratung und Beschlussfassung vor:

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und Krotzebojer Grüne; Barrierefreie Gestaltung der Aufstiege zum Schleusensteg der Staustufe Krotzenburg

Einstimmig beschlossen hat die Gemeindevertretung den Gemeindevorstand zu beauftragen gemeinsam mit der Gemeinde Hainburg und dem Eigentümer des Schleusenstegs, der Wasser- u. Schifffahrtsverwaltung des Bundes bzw. dem zuständigen Wasser- u. Schifffahrtsamt Aschaffenburg, sowie den zuständigen Landesbehörden zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht die Aufstiege zum Schleusensteg der Staustufe Krotzenburg barrierefrei zu gestalten. Die Prüfung soll die Realisierbarkeit und die Finanzierung beinhalten. Der Haupt- und Finanzausschuss und der Umwelt- und Bauausschuss ist vor der Ortsbegehung 2007 über das Ergebnis zu unterrichten.

Bildung eines Akteneinsichtsausschusses gem. § 50 Abs. 2 HGO auf Verlangen der FDP-Fraktion hinsichtlich Akteneinsicht in Originalvorlagen und Originalprotokolle der Sitzungen des Gemeindevorstandes

Der von der FDP-Fraktion vorgelegte Beschlussvorschlag den Haupt- und Finanzausschuss mit der verlangten Akteneinsicht zu beauftragen wurde mehrheitlich abgelehnt. Mit Mehrheit wurde der Änderungsantrag der CDU-Fraktion beschlossen „die Gemeindevertretung bildet keinen Akteneinsichtsausschuss und bestimmt auch keinen Ausschuss mit der Einsicht in die Originalvorlagen und das Originalprotokoll der Sitzungen des Gemeindevorstandes für die im Begehren der FDP-Fraktion näher bestimmten Tagesordnungspunkte“.

Beschlussfassung über die Errichtung einer Photovoltaikanlage und Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel hinsichtlich Umbau und Optimierung der Kläranlage Großkrotzenburg

Die Gemeindevertretung beschließt mit Mehrheit die Errichtung einer Photovoltaikanlage für den Betrieb der Kläranlage mit Gesamtkosten in Höhe von 81.000,00 Euro.

Beschlussfassung über die geänderte Benutzungs- und Gebührenordnung der Gemeindebücherei Großkrotzenburg

Mehrheitlich beschließt die Gemeindevertretung die geänderte Benutzungs- und Gebührenordnung der Gemeindebücherei Großkrotzenburg mit der Änderung, dass die Gebühr für die Ausstellung der Leseausweise ab 01. 01. 2007 entfällt.

Vorlage der geänderten Richtlinien für die Förderung der Vereinsarbeit und der Jugendarbeit in den Vereinen durch die Gemeinde Großkrotzenburg

Die geänderten Richtlinien wurden einstimmig von der Gemeindevertretung an den Ausschuss für Jugend, Soziales, Kultur, Sport und Vereine sowie den Haupt- und Finanzausschuss (zum federführenden Ausschuss benannt) zur Beratung und Erarbeitung einer Beschlussempfehlung verwiesen.

Beschlussfassung zur Integration des Betriebes Strandbad in den Geschäftsgang der Gemeindewerke GmbH

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig den Vorgang an den Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung und Erarbeitung einer Beschlussempfehlung zu verweisen.

Haushalt 2007;

hier: Beschlussfassung über das fortgeschriebene Haushaltskonsolidierungsprogramm 2007

Mit Mehrheit hat die Gemeindevertretung das vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlene fortgeschriebene Haushaltskonsolidierungsprogramm 2007 beschlossen.

Beschlussfassung über den Finanzierungsvertrag Gemeinde Großkrotzenburg .- Wasserfreunde 2002 e.V.

Einen einstimmigen Beschluss fasst die Gemeindevertretung zum Abschluss eines Finanzierungsvertrages hinsichtlich des Betriebskostenzuschusses zwischen der Gemeinde Großkrotzenburg und dem Verein Wasserfreunde 2002 e.V..

Grundsatzbeschluss zur Bereitstellung von neuen Verwaltungsräumen; Überweisung aus der Sitzung der Gemeindevertretung am 01. Dezember 2006

Mehrheitlich beschlossen hat die Gemeindevertretung die Realisierung von neuen Verwaltungsräumen in Verbindung mit einem Umbau des ehemaligen Schwesternhauses. Des Weiteren wird der Gemeindevorstand beauftragt, zusätzliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchführen zu lassen, welche aufzeigen, ob der Umbau des ehemaligen Schwesternhauses durch die Gemeinde direkt (dabei sind auch die Folgekosten zu berücksichtigen) oder wirtschaftlich günstiger durch die Gemeindewerke Großkrotzenburg GmbH umzusetzen ist. Die für diese Untersuchungen notwendigen Finanzmittel sind bereitzustellen.

Die Ergebnisse dieser Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen sind der Gemeindevertretung zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

Beschlussfassung über den Abschluss eines Pachtvertrages für die Bewirtung der Badegäste am Strandbad Spessartblick sowie über den Abschluss eines Kaufvertrages für das ehemalige Schwimmmeisterhaus am Strandbad Spessartblick

Die Gemeindevertretung hat einstimmig beschlossen den Haupt- und Finanzausschuss mit der weiteren Beratung und der endgültigen Beschlussfassung zu den vorstehend genannten Vorgängen zu beauftragen.

Anfragen der Fraktionen

Dem Gemeindevorstand lagen Anfragen der FDP-Fraktion zur Sitzung der Gemeindevertretung am 30. 01. 2007 vor, die wie folgt beantwortet werden:

Rathausstudie

Am 10. Oktober 2006 stellte der Bürgermeister den Fraktionen in der Gemeindevertretung und dem Gemeindevorstand eine Wirtschaftlichkeitsberechnung „Neues Rathaus der Gemeinde Großkrotzenburg“ vor. Diese Studie soll nun zur Grundlage für die Entscheidung der Gemeindevertretung in dieser Frage gemacht werden. Dazu stellt die FDP folgende Fragen:

Frage:

Wann wurde diese Studie in Auftrag gegeben?

Antwort:

Anfang des Jahres 2006, nachdem in den politischen Gremien immer wieder eine Wirtschaftlichkeitsberechnung zu den beiden diskutierten Standorten auf dem Grundstück neben dem Bürgerhaus und in Verbindung mit dem ehemaligen Schwesterhaus in der Bahnhofstraße 3 gefordert wurde.

Frage:

Wer hat diese Studie in Auftrag gegeben?

Antwort:

Diese Studie wurde vom Bürgermeister in Auftrag gegeben.

Frage:

Was hat die Studie gekostet?

Antwort:

Die vorliegende Studie kostete 4.535,60 €.

Frage:

Wovon wurde diese Studie bezahlt?

Antwort:

Die Kosten wurden über die Haushaltsstelle 1.0610.65500.2 – Gutachten Rathaus – abgerechnet. Dafür standen in 2006 inklusive der Haushaltsreste 5.000€ zur Verfügung.

Frage:

Warum wurde seinerzeit der Gemeindevorstand nicht an der Formulierung des Auftrags an die Ersteller der Studie beteiligt, wenn es um eine derartige Grundsatzentscheidung der Gemeinde geht?

Antwort:

Die geforderte Aufgabenstellung war klar umrissen. Immer wieder wurde aus den politischen Gremien, so nachzulesen in unterschiedlichen Protokollen, nach einem Vergleich und einer Bewertung der vorliegenden Zahlen zu den unterschiedlichen Rathausstandorten gefragt. Es wurde immer wieder nachgefragt, warum eine solche Wirtschaftlichkeitsberechnung noch nicht durchgeführt worden ist, denn in einer Sache waren und sind sich alle einig, die neuen Verwaltungsräume sollten so wirtschaftlich als möglich für die Gemeinde bereitgestellt werden. Nun liegt diese Studie vor bezogen auf die Daten, die Anfang des Jahres 2006 vorlagen.

Frage:

Warum wurde der damalige Gemeindevorstand noch nicht einmal über die Auftragserteilung dieser Studie in Kenntnis gesetzt?

Antwort:

Die angesprochenen Fragen aus den politischen Gremien kamen auch aus dem Gemeindevorstand bzw. waren diesem bekannt. Es bestand also Handlungsbedarf, um den Aufforderungen der Gremien nachzukommen und somit wurde diese Studie in Auftrag gegeben.

Frage:

Wie kommt es, dass die den Fraktionen bereitgestellte Fassung der Studie mit Datum August 2006 versehen ist, während ein Mitglied der CDU – Fraktion zu der Vorstellung am 10. Oktober über ein Exemplar der Studie verfügte, das bereits vom April 2006 stammt und offensichtlich schon viel früher in den Besitz der CDU – Fraktion gelangte als andere diese Studie erhielten?

Antwort:

Nach Auftragserteilung ging Anfang Mai mit Datum April 2006 ein Entwurf dieser Studie, der mit dem erstellenden Büro besprochen wurde, im Rathaus ein. Hinsichtlich der dort getätigten Annahmen waren Korrekturen notwendig. Im Vorfeld der Info – Veranstaltung am 10. Oktober hat der Bürgermeister sehr wohl mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU der Inhalt der Studie besprochen. Dabei kann es möglich sein, dass beim Einpacken der Unterlagen am Ende dieses Gespräches dieses Exemplar versehentlich vom Fraktionsvorsitzenden eingepackt worden ist.

Vereinsförderung

Da für die Vereinsförderungsrichtlinien im Rahmen der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen eine Überarbeitung der Vereinsförderungsrichtlinien erforderlich wird, fragt die FDP an:

Frage:

Welche Mittel wurden im Jahr 2006 zur direkten und indirekten Vereinsförderung aufgewendet? Bei dieser Zusammenstellung sind insbesondere zu berücksichtigen:

- Vereinsförderungen durch Gewährung nach den Vereinsförderungsrichtlinien,
- Zuschüsse für Sporteinrichtungen u.ä.,
- Unterbringung in gemeindeeigenen Räumlichkeiten (gegen Miete oder mietfrei),
- Übernahme von Kosten der Vereine (z.B. Heiz- oder Mietkosten etc.),
- Mitgliedsbeiträge, die die jeweiligen geförderten Vereine erheben,
- Sach- und Dienstleistungen durch die Gemeinde,
- sonstige Förderung.

Die einzelnen Förderungen sind nach Verein aufzuschlüsseln.

Frage:

Wie sah die Mitgliederstruktur der geförderten Vereine zum 01.01.2007 aus. Hierbei interessiert insbesondere:

- Gesamtmitgliederzahl des Vereins
- davon Großkrotzenburger Bürger
- Mitglieder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr des Vereins
- davon Großkrotzenburger Bürger

Antwort:

Wie im Vorspann angegeben beziehen sich die Fragen auf Informationen, die die FDP-Fraktion benötigt, um sie bei der Behandlung des Entwurfes der Neuordnung der Vereinsförderungsrichtlinien einzubeziehen.

Die Beantwortung dieser Fragen beansprucht eine stattliche Zahl an Personal- und Arbeitsstunden denn zur Beantwortung ist es notwendig, die Vereine anzuschreiben und anschließend die eingehenden Daten auszuwerten. Die Verwaltung wird sich aber bemühen, die angefragten Daten so zeitnah als möglich zusammenzutragen. Es ist geplant bis zur Beratung des Richtlinienentwurfes in den Ausschüssen die Daten vorzulegen. Insgesamt kann es aber möglich sein, dass durch die Bearbeitung dieser Anfrage andere Arbeiten zeitlich geschoben werden müssen.